

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 19

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Briefe

Die Schweiz aus der Sicht eines tschechoslowakischen Kommunisten

Es fällt mir auf, dass in der Schweiz viele negative Betrachtungen über die Schweiz angestellt werden. Auch ich will Betrachtungen über die Schweiz anstellen, aber aus der Sicht eines östlichen Kommunisten.

Die kommunistischen Länder setzten sich auf der Grundlage der Lehre von Marx und Engels die Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung zum Ziel, welche in materieller und politischer Hinsicht eine menschenwürdige Lebensweise sicherstellt. Wenn wir davon ausgehen und die Verhältnisse in der Schweiz und in den östlichen Ländern vergleichen, so kommen wir zur objektiven Feststellung, dass dieses Ziel in der Schweiz in bedeutend grösserem Masse verwirklicht wurde als in den sogenannten kommunistischen Ländern.

Der Lebensstandard der schweizerischen Arbeiter ist wenigstens zweimal so hoch als der Lebensstandard der Arbeiter in den östlichen Ländern. Materiell ist die Lebensweise menschenwürdiger. In dieser Beziehung ist es den gesellschaftlichen Institutionen gelungen, mehr vom Sozialismus zu verwirklichen als in den sogenannten kommunistischen Ländern. Wenn wir daher aus der Sicht der dortigen Arbeiter die Schweiz als sehr positiv für die Arbeiter beurteilen, so entspricht das den objektiven Tatsachen. So können wir die Meinung nicht akzeptieren, dass «die Massen in den Volksdemokratien einen ‚goldenen Westen‘ sehen, den sie meistens weitaus überschätzen» («Weltwoche», 11. Oktober 1968). Nein, das ist keine Ueberschätzung. Wenn dort der Arbeiter den zweifachen Lebensstandard erreicht, ist das eher noch untertrieben.

Aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Daher stellt sich die Frage, wie es mit den Freiheiten bestellt ist, die schon die französische bürgerliche Revolution verkündet hat. In sozialistischer Sicht besteht die Freiheit nicht wie in kapitalistischer Sicht in anarchistischer Handelsfreiheit.

Aber sie besteht sowohl in sozialistischer als auch in kapitalistisch-demokratischer Sicht darin, dass die Bürger ihre Ansichten und ihren Willen frei kundtun und vor allem selbst bestimmen können, wer wie regieren soll. Dies kann nur in allgemeinen, geheimen Wahlen verwirklicht werden, die für die Leute verschiedener Meinung gleiche Bedingungen gewähren. Solche Wahlen werden in der Schweiz durchgeführt, und somit entscheidet das schweizerische Volk selbst über sein Schicksal. Wenn in der Schweiz die Hände hochgehen, bedeutet das wirkliche Zustimmung und nicht eine Befehlsausführung.

Wie ist es um diese Freiheitsrechte in den sogenannten kommunistischen Ländern bestellt? Dort gibt es keine freien Wahlen, und die Bürger können ihre Ansichten und ihren Willen nicht kundtun. Wer wird es in einer Diktatur riskieren, seine oppositionelle Ansicht offen zu äussern? Die Wahl, besser gesagt die Abstimmung, geschieht vor der Wahlkommission, die selbstverständlich aus verlässlichen Mitgliedern besteht. Dabei werden auch die Kandidaten vom Parteiapparat bestimmt.

Der in der Schweiz auf Initiative der Studenten durchgeführte Volksentscheid über das ETH-Gesetz ist für den Bürger der östlichen Staaten überzeugend, weil man sich dort nicht einmal vorstellen kann, dass Bürger — in diesem Falle Studenten — das Recht haben können, eine von der zuständigen Behörde angenommene Gesetzesvorlage zu vereiteln. Hier können die Studenten auch die Professoren kritisieren, wogegen sie in den östlichen sogenannten kommunistischen Ländern nicht einmal den Pedell zu kritisieren wagen.

Auch die Nationalitätenfrage hat die Schweiz besser gelöst. Die Nationalitäten leben in der Schweiz nicht als Minderheiten, sondern als mit der Mehrheitsnation gleichberechtigte Nationen, auch wenn es trotzdem Differenzen zwischen den Gruppen gibt. Für Bürger aus östlichen Ländern ist es eine grosse Ueberraschung, wenn sie etwa feststellen, dass es in Sitten, der Hauptstadt eines gemischtsprachigen Kantons, schwerfällt, Leute zu finden, die eine in deutscher Sprache vorgebrachte Frage beantworten können. Das beweist uns, dass die Bevölkerung der sprachlichen Minderheit nicht gezwungen ist, die Sprache der Mehrheit zu erlernen.

Wie ist dagegen die Lage der Minderheiten in unsern Ländern? In Rumänien leben 1,5 Millio-

nen Ungarn, die ganz dem Willen der Mehrheitsnation unterworfen sind. Ursprünglich hatten sie geringe Autonomierechte, aber nicht so viel wie die Kantone in der Schweiz, doch auch diese wurden ihnen entzogen. Sie dürfen ihr Mutterland, Ungarn, nicht besuchen.

Die grösste Minderheit der Tschechoslowakei sind die 600 000 Ungarn. Sie leben auf kompaktem Gebiet im südlichen Teil der Slowakei. Dass sie keine einzige ungarische Hochschule oder Fakultät haben, hält man dort für eine sozialistische Lösung. Wer die ungarischen Siedlungen in der Slowakei besucht, kann sich selber davon überzeugen, dass die Ortsbezeichnungen bloss in slowakischer Sprache angeführt werden.

Die objektive Wahrheit ist die, dass sich die Minderheiten in den kommunistischen Ländern wirklich als solche fühlen können, das heisst als Menschen minderen Rechts, wogegen die Minderheiten in der Schweiz dieses Gefühl nicht zu haben brauchen, weil sie tatsächlich der Mehrheit gleichgestellt sind.

Das schliesst nicht aus, dass es auch in der Schweiz Mängel gibt, wie ich es sehe, namentlich im Sozial- und Gesundheitswesen. Auch muss man es z. B. unternehmen, «das Land für die Nachkommen ... besitzbar zu erhalten, denn es darf nicht sein, dass sich immer mehr Mitbürger ausserstande sehen, zu einem Heim zu kommen, das ihnen zu eigen gehört» (NZZ, 1.8.69).

Trotzdem kann man aus der Sicht eines östlichen Kommunisten der Behauptung zustimmen, wonach die Schweiz ein Land ist, in dem es sich «nicht schlecht leben lässt, dank der politischen wie der wirtschaftlichen Freiheit, auch wenn einzelne Institutionen überaltet sind» (Bundesrat Celio in Lugano, 3.8.69).

Es ist kein Zufall, wenn der kommunistische Schriftsteller Kohout in seinem «Tagebuch eines Konterrevolutionärs» einer Frau diese Worte in den Mund legt: «... sie fragte, warum wir auf dem Kontinent, wo es eine Schweiz gibt, zum Sozialismus verurteilt sind.»

Nach all diesen Ueberlegungen muss man zur objektiven Feststellung gelangen, dass in der Schweiz mehr von den sozialistischen Ideen verwirklicht wurde als in den östlichen kommunistischen Ländern. X. Y.

(Red.: Der Verfasser dieses Briefes gehört seit über zwanzig Jahren der KP(Tsch an.)

ten ihrer Söhne gesäubert — noch ehe diese Söhne überhaupt vor Gericht erscheinen. Nicht nur werden die «Verbrechen» der Söhne zu den Verbrechen der Väter gemacht, nein, es genügt schon, dass der Verdacht seinen Finger auf den Sohn richtet, um den Vater leiden zu machen. Herr Gomulka, Ihr eigener Sohn ist Halbjude. Sie sind doch sicher imstande, den verbrecherischen Charakter und die Gefahr einer solchen Praxis einzusehen?

Die häufige Klage im heutigen Polen über die zu hohe Vertretung der Juden in der Partei erinnert an Hitlers Klagen vor seiner Machtergreifung über die unverhältnismässige Rolle der Juden in Deutschland. Viele Juden sind in Polen der Partei in der einfachen und verständlichen Hoffnung beigetreten, dass die Partei sie vor einer

Wiederholung des vergangenen Alptraums schützen werde. Das war ein tragischer Irrtum, wie es sich herausgestellt hat.

Heute werden die Juden an offiziellen Umzügen als krummnasiges Pack dargestellt, und der Antisemitismus hat seine theoretische Rechtfertigung in jenen offiziellen Publikationen erhalten, welche der ideologischen Führung durch die Partei unterstehen. Der angefachte Antisemitismus dient zur Verdeckung von Fraktionskämpfen, als Ersatz für die fällige Analyse der Gründe für die massive Unbeliebtheit der Regierung, als Mittel zur Beschaffung von Sündenböcken.

Diese Tatsachen, sorgfältig belegt und in informierten Kreisen detailliert bekannt, bedeuten für die kleine jüdische Gemeinschaft in Polen den plötzlichen Verlust des Lebensunterhaltes, Armut,

rassistische Misshandlung und die Drohung von noch schlimmerem: ein entsetzliches Leben. Vieles davon hätte sich vermeiden lassen, wenn Sie, Herr Gomulka, die Autorität Ihres hohen Amtes dazu benutzt hätten, zu helfen, dass es vermieden würde.

Wie soll die Verhaftung und Säuberung von Juden in ihnen jene Loyalität zu Polen verstärken, die ihnen angeblich fehlt? Wie können rohe Rassenvorurteile überhaupt eine Rolle im Aufbau des Sozialismus spielen, welcher das Konzept von Brüderlichkeit und sozialer Gerechtigkeit evoziert?

Die Welt erwartet eine Antwort auf diese Fragen.

Aufrichtig Ihr
9. Dezember 1968

Bertrand Russell

Zusammenhänge

«Araber sind und bleiben untereinander zerstritten; folglich sind sie einer erfolgreichen gemeinsamen Aktion nicht fähig. Sie sind zwar lauthalse Schreier, aber konkrete Unternehmungen bringen sie nicht zuwege. Der sowjetische Einfluss hat seine gute Seite, denn Moskau ist an einem Krieg nicht interessiert und hält die Araber ebenso vor Unüberlegtheiten zurück wie Washington die Israeli. Schliesslich ist daran zu denken, dass die Welt nicht zulassen wird, dass 25 Jahre nach Hitler ein Judenstaat der Vernichtung preisgegeben wird.»

Es wäre Zeit, von solchen Vorstellungen abzugehen. Ihr Wahrheitsgehalt nimmt rapide ab, und die beruhigenden Folgerungen, die man daraus ableitet, sind ohnehin falsch.

*

Zunächst einmal verlaufen die «ewigen» arabischen Streitigkeiten, Regimewechsel und Umstürze keineswegs kreisförmig, in einem Wirbel von Dingen, die einander gegenseitig aufheben, sondern höchst zielgerichtet. Alles, was sich an der innerarabischen Front in den letzten Jahren verändert hat, steht immer unter den gleichen, durchaus eindeutigen Vorzeichen. Die Staatsstriche dieses Jahres im Sudan und in Libyen sind zwei Beispiele dafür, die weniger beachtete Entwicklung in Südjemen (das ehemalige Aden mit seiner südarabischen Föderation) ist ein drittes. Natürlich bestehen zwischen den einzelnen Fällen Unterschiede, aber die gemeinsamen Merkmale sind doch zu flagrant, um übersehen zu werden. Wie immer es mit den lokalen Modalitäten und Ungewissheiten stehen mag, jedesmal bringt die Veränderung ein verstärktes Engagement in die militante arabische Front mit sich, jedesmal eine Hinwendung zu einem Sozialismus kommunistischer Inspiration, jedesmal eine Abkehr vom Westen, jedesmal eine Einordnung in das sowjetische Protektoratsgebiet Mittelmeer und Naher Osten.

Die Gemeinsamkeit dieser «revolutionären Entwicklung» im arabischen Gebiet ist um so

auffälliger, als ihre oben aufgezählten Hauptcharakteristiken gleicherweise bei völlig unterschiedlichen nationalen Voraussetzungen anzutreffen sind. Der Sudan etwa ist ein armes Land, und Libyen ist das reichste Land des Kontinents (es hat in jüngster Zeit im Brutto-Nationaleinkommen sogar das wirtschaftlich prosperierende Südafrika überholt). Trotzdem war die politische Einbettung der Putsche in diesen so grundverschiedenen Ländern völlig gleich. Die soziale Lage, die man so gern als Ursache für eine revolutionäre Entwicklung anführt, erwies sich als unerheblich, das internationale politische Kriterium als massgeblich. So tröstet es mich kein bisschen, wenn Kenner der nationalen Gegebenheiten jetzt etwa sagen, man dürfe nicht vergessen, dass zum Beispiel in Tunesien die Verhältnisse völlig anders seien. Tatsächlich darf man es vergessen; das ist ja eben das Traurige.

Praktisch alle Veränderungen der beiden letzten Jahre im arabischen Gebiet gingen immer auf Kosten der sogenannten gemässigten und rationalen Kräfte, und im Grunde genommen weiss man das sehr genau. Natürlich sind auch die sogenannten revolutionären Staaten vor Verschwörungen und Regimewechseln nicht gefeit, aber niemand würde im Ernst erwarten, dass beispielsweise ein nächster Putsch in Damaskus etwa bourguibistischem Gedankengut zum Siege verhelfen würde, während jedermann weiss, dass ein allfälliger Putsch in Tunis zum mindesten einigen von jenen Kriterien zum Durchbruch verhelfen würde, die auch in Damaskus Geltung haben.

Wie steht es mit den Gegensätzen zwischen den verschiedenen Regierungen und den palästinensischen Organisationen in ihren Ländern? Sicher, sie gibt es. Aber zu ihren Hauptwirkungen gehört es, dass ein fragliches Regimes zu neuen Beweisen ihres revolutionären und militanten Wesens anzutreiben. Im übrigen tragen die Palästinenser dazu bei, der «arabischen» Sache in

der grossen weiten Welt unter besonderer Berücksichtigung unserer fortschrittlichen Industriegesellschaft mit dem edlen Schimmer der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus und Kolonialismus zu vergolden. Man hat gesagt, dass die Palästinenser mit ihrer Flugzeugentführung nach Damaskus das syrische Regime in Verlegenheit gebracht hätten. Vielleicht. Aber das war jedenfalls nichts im Vergleich zur Verlegenheit der amerikanischen Fluggesellschaft und ihres Herkunftslandes, die wieder einmal in ihrer ganzen Wehrlosigkeit angesichts solcher Gewaltmassnahmen darstanden. Eine «verantwortliche» Grossmacht darf sich eben eine wirkungsvolle Reaktion auf Entführungen und Erpressungen nicht leisten (was inzwischen anderweitig wieder bestätigt wurde), und israelische Passagiere sind ebenso vogelfrei wie amerikanische Maschinen. Das hat die fragliche Entführung nach Syrien an einem klassischen Exempel vordemonstriert, und wenn man westlicherseits nachher darauf hinwies, Palästinenser und syrische Regierung hätten sich mit dieser Sache gleicherweise peinlich ins eigene Fleisch geschnitten, so ist das nichts anderes als ein Hinwegreden über die Peinlichkeit der eigenen Handlungsunfähigkeit. Unbeschadet aller allfälligen kleineren Unannehmlichkeiten haben Palästinenser und syrische Regierung gleicherweise in der Demütigung ihrer amerikanischen und israelischen Feinde triumphieren können, abgesehen davon, dass die Kette aufmunternder Beispiele um ein neues Glied bereichert wurde.

*

Die Meinung, dass die Araber besser schreien als handeln können, dass sie den Thesen ihrer eigenen Propaganda erliegen, dass sie sich in Illusionen wiegen, hat ihren Teil an Richtigkeit, soweit es etwa um Angaben über die Zahl getöteter Feinde geht und dergleichen. Aber sogar das ist nicht ein Teil ihrer politischen Unwirksamkeit, wie man ohne jeden Grund anzuneh-

Der Buchtip

Koexistenz heute

Lois Riklin: «Weltrevolution oder Koexistenz?»
chriften des SAD, Nr. 10. Bern 1969, 126 Seiten.

Das vorliegende Buch ist eine gutgelungene, kurze Zusammenfassung von Theorie, Geschichte und gegenwärtigem Stand der Koexistenzpolitik der Oststaaten. Der Verfasser stützt sich auf die Werke der «Klassiker» des Marxismus-Leninismus, auf die westliche Fachliteratur, auf die meisten in den «Ost-Problemen» veröffentlichten Übersetzungen von sowjetischen Fachartikeln und so weiter.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Verfasser aus diesen Quellen das Maximum herausholte. Die Tatsache, dass Quellen vom Jahr 1968 in geringer Zahl angeführt wurden, hängt damit

zusammen, dass — wie es auch der Verfasser richtigerweise sagt — 1968 die Idee der Koexistenz in Osteuropa seltener betont wurde.

Weniger behandelt wurden die Theorie der Revolution und hauptsächlich die Bedeutung der Koexistenz in Richtung der Dritten Welt. Es wäre in diesem Zusammenhang nötig gewesen, das reichhaltige Material in den sowjetischen Fachzeitschriften «Asija i Afrika segodnja» (Asien und Afrika heute), «Narody Asii i Afriki» (Die Völker Asiens und Afrikas) sowie «Druschba Narodow» (Die Freundschaft der Völker) zu berücksichtigen. Der Unterschied in bezug auf die Zahl der Parteien (1965: S. 60, und 1967: S. 95 bis 98) scheint trotz zeitlicher Verschiebung gross zu sein.

Das Buch wirft folgendes Problem auf:

Die Zeitschrift «Ost-Probleme» ging ein (eine kleinere Neuauflage erscheint seit diesem Sommer als Anhang zur Zeitschrift «Osteuropa»), und seitdem kann man sich nur auf einige ostdeutsche Übersetzungen stützen, wenn man die östlichen Sprachen nicht oder nur zum Teil be-

herrscht. Die Quellenhefte («Informationsdienste») des SOI — sie befinden sich auch in der Osteuropa-Bibliothek — scheinen unerlässlich zu sein, da in diesen nicht nur die wichtigsten Studien aus den zentralen Zeitungen und der «Kommunist» zusammengefasst oder in extenso veröffentlicht werden, sondern auch Studien aus anderen wichtigen sowjetischen und anderen osteuropäischen Zeitschriften (in bezug auf die Koexistenzpolitik z. B.: Polititscheskoje Samoobrasowanie, Mirowaja Ekonomika i meschdunarodnye otnoschenija, Asija i Afrika segodnja, Nowe Drogi usw.), welche auch in den «Ost-Problemen» nicht berücksichtigt wurden. Im Zusammenhang mit der Koexistenz-Problematik gibt es in diesen Heften mindestens 80 bis 90 wichtige Studien in deutscher Zusammenfassung, durch welche der gegenwärtige Stand der sowjetischen Koexistenzpolitik (17 Seiten) ergänzt werden könnte.

Das Buch ist nicht nur Fachleuten, sondern auch politisch interessierten Laien zu empfehlen

Laszlo Revesz